

Kamenener Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Nr. 281

Donnerstag, den 1. November 1923

51. Jahrgang.

Die neuen Reichsminister.

(W) Der Reichspräsident hat den Senatspräsidenten Dr. Marx, M. d. R., zum Reichskanzler ernannt und auf seinen Vorschlag die Reichsregierung wie folgt neu gebildet:

Dr. Marx (Zentr.), Reichskanzler,
Dr. Jarres (D. V.), Vizekanzler und Inneres,
Dr. Stresemann (D. V.), Aussenw.,
Dr. Gessler (Dem.), Reichsminister,
Dr. Brauns (Zentr.), Arbeitsminister,
Hoesler, Postminister und bejagte Gebiete,
Emminger (D. V.), Justiz,
Dr. Luther (D. V.), Finanzen,
Dejer (Dem.), Verkehrsminister,
Graf Kanitz (parteilos), Landwirtschaftsminister,
Hamann (Dem.), Wirtschaftsminister.

Das Wiedererbauministerium bleibt unbesetzt. Die sozialdemokratische Fraktion hat die Entscheidung über ihre Haltung dem neuen Kabinett gegenüber vertagt und wird dessen Programm abwarten. Der Termin für die Plenarsitzung des Reichstages soll heute festgesetzt werden. Voraussichtlich wird es der Dienstag sein.

Die gebildete Reichsregierung

Wird von den Blättern nicht als ein eigentliches Kabinettskabinett angesehen. In einer Erklärung der bayrischen Volkspartei über den Eintritt ihres Mitgliedes Emminger in das Kabinett wird betont, die Fraktion der bayrischen Volkspartei habe sich an einer Regierungsbildung nicht beteiligt, sondern Herrn Emminger freigestellt, als Fachminister ohne politische Bindung in das Kabinett einzutreten. Die Blätter glauben, daß das Kabinett wegen seiner Zusammensetzung eher eine wohlwollende Haltung der Deutschnationalen, als eine solche der Soz., finden dürfte. Wenn auch die Soz. Reichstagsfraktion gestern noch zu keiner Entscheidung über ihre Stellung zum Kabinett kam, hebt doch der Vorwärts hervor, daß durch die Mitgliedschaft Emmingers das Kabinett in den Augen der Soz. eine schwere Belastung erfahren hat. In den Tendenzen, die es vertritt, liegt ein gefährlicher Konfliktstoff. Das Kabinett Marx wird voraussichtlich am Dienstag vor den Reichstag treten. Der Berliner Totalanzeiger will wissen, daß der Reichskanzler die Stellungnahme der Regierung im Reichstage in präziser Form niederschreiben beabsichtigt, und im Anschluß daran, um die Ermächtigung für eine Reihe dringender notwendiger Maßnahmen, vor allem steuerlicher Art zu erwirken. Da es sich um nicht verfassungsändernde Maßnahmen handelt, werde für die Annahme im Reichstage die einfache Mehrheit genügen. Ein ausdrückliches Vertrauensvotum werde von dem neuen Kabinett voraussichtlich nicht gefordert.

Ein Dankschreiben an Dr. Stresemann.

(W) Der Reichspräsident hat an den scheidenden Reichskanzler Dr. Stresemann nachfolgendes Schreiben gerichtet: Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Ihrem Auftrag, Sie angesichts der durch den Beschluß des Reichstages vom 23. November gegebenen politischen Lage von Ihrem Amte zu entbinden, habe ich mit dem anliegenden Erlaß entsprochen. Ihnen bei diesem Anlaß namens des Reiches herzlichsten Dank und aufrichtige Anerkennung für Ihre wertvolle und hingebende Arbeit für unser Land und Volk auszusprechen, ist mir ein lebhaftes Bedürfnis. Sie haben in einer besonders ersetzten Zeit die Bürde des Reiches der Reichsregierung und der deutschen Außenpolitik auf sich genommen. Unter Verhältnissen, die an Sie die höchsten Anforderungen stellten, haben Sie in unermüdlicher Tätigkeit während Ihrer Amtsführung mit Ihrer reichen politischen Erfahrung und Befähigung alle Kräfte daran gesetzt, das harte Drücken von außen, wie der hierdurch entstandenen Zwietracht und Not im Innern, Herr zu werden. Daß Sie Ihre Mitarbeit als Reichsminister des Auswärtigen auch der neugebildeten Regierung zur Verfügung stellten, begrüße ich besonders. In Versicherung meiner besonderen Verehrung und Hochachtung, Dr. Ebert, Reichspräsident.

Preussischer Landtag.

(Sitzung vom 30. Novbr.)

Der Beigeordnete über Ausdehnung des Ansiedlungsgesetzes auf die Rheinprovinz wird genehmigt. Es folgt die Beratung der großen Anfrage der Sozialdemokraten über das Eingreifen des Wohlfahrtsministeriums in die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Ärzten u. Krankenkassen. Abg. Schölich (Soz.) weist auf die schweren Folgen des für den 1. Dezember von den Ärzten angekündigten Behandlungsstreikes hin und fragt, ob General von Seekt eingreifen werde, da die Behandlung der Kranken eine lebensnotwendige Aufgabe sei. Immer werde gegen die Ortskrankenkassen mit der Hauptaufgabe gehandelt, daß sie nicht gut wirtschaften und daß sie ihre Angestellten zu hoch bezahlen. Nur 25 Prozent des Aufkommens der Krankenversicherung werden durch persönliche Ausgaben speziert. Abg. Dr. Duquet-Gaslem (Dnl.) bemerkt, die neueste Verordnung des Reichspräsidenten könne schon für morgen proklamiert werden, da die Behandlung der Kranken ein Verbot der freien Arztgewalt sei eine Verletzung der Standesrechte der Ärzte. — Die Abgg. Wester (Ztr.) und Dr. Heidenreich (D. V.) nehmen die Ärzte gegen die Vorwürfe des Abg. Schölich in Schutz. Die Not des Volksstandes sei tatsächlich so gestiegen, daß die Forderungen der Krankenkassen und Reichsverbände unerträglich geworden seien.

Volkswohlfahrtsminister Hirtzfelder erklärt, er sei stets bestrebt gewesen, einen Mittelweg zwischen der Ärzteschaft und den Krankenkassen zu finden. Es sei aber nicht möglich, allen Wünschen der Krankenkassen gerecht zu werden. Auch bei dem neuerlichen Konflikt werde das Ministerium versuchen, im Reich seinen vermittelnden Einfluß geltend zu machen. Soffentlich gelinge es, die Schwierigkeiten noch zu überwinden, denn der betriebl. Zustand der Ärzte sei auf die Dauer mit der Volksgesundheit nicht verträglich. — Abg. Dr. Wehl (Soz.) wünscht schleunigst eine Verständigung zwischen Ärzten und Krankenkassen. — Abg. Dr. Rindell (Dem.) bedauert, daß in dieser Debatte mehr die Interessen der Ärzte und Krankenkassen als die der Kranken vertreten würden. Es müsse eine Verständigung zwischen den Ärzten und Krankenkassen herbeigeführt werden. — Ein Antrag Duquet-Gaslem (Dnl.) auf Aufhebung der Reichsverbände über Ärzte und Krankenkassen wurde jedoch angenommen, dazu der sozialdemokratische Antrag auf beschleunigte Einberufung des Reichsausschusses mit einem Zusatzantrag Dr. Westers (Ztr.), der an alle Beteiligten den dringenden Appell richtet, die Verständigungsarbeit des Reichsausschusses mit allen Kräften zu fördern und die Regelung der unparteilichen Vorsitzenden der beiden Parteien zu überlassen.

Dienstag: Verfassung der evangelischen Landeskirche und Gewerbesteuerordnung, sowie kleine Vorlagen.

Die deutsche Regierung zum Micum-Abkommen.

(W) Die Regierung hat Freitag der Reparationskommission eine Note überreichen lassen, in der sie von dem Zustandekommen eines vorläufigen Abkommens zwischen der Micum und der bergbaulichen Verein Kenntnis nimmt. Die Reichsregierung wiederholt in der Note, daß sie weder die von Frankreich und Belgien durchgeführte Ruhrbesetzung, noch die zwischen diesen Mächten im Ruhrgebiet und in den sonstigen besetzten Gebieten betriebene Pöbelpolitik, noch das neuerdings gewährte Verpfändung, unmittelbare Verträge zwischen den Besatzungsbehörden und deutschen Werken als zu recht anerkennt. Die Note begründet eingehend die Ansicht der deutschen Regierung, daß sämtliche Leistungen in voller Höhe von der Reparationskommission Deutschland auf laufende Reparationsrechnung gutgeschrieben werden müssen. Dem entsprechend bittet die deutsche Regierung die Reparationskommission, alsbald eine grundsätzliche Entscheidung dieses Inhalts herbeizuführen. In der Begründung wird u. a. darauf hingewiesen, daß die Reparationskommission allein alle Forderungen zu vereinigen und Deutschland dafür Guthaben zu gewähren hat. Sie wendet sich im einzelnen unter Berufung auf verschiedene Bestimmungen des Versailler Vertrages dagegen, daß die französische und die belgische Regierung die in den besetzten Gebieten erhobenen Abgaben in eine Pfänderrate abführen und aus deren Beständen in erster Linie die durch die Ruhrbesetzung entstandenen Ausgaben decken wollen. Die Bezahlung der durch die Sonderrollen Frankreichs und Belgiens entstehenden

Kosten kann von Deutschland in keinem Falle gefordert werden, weil, wie die deutsche Regierung immer wieder dargelegt hat, diese Aktion weder durch den Versailler Vertrag noch durch die allgemeinen Regeln des Völkerrechts gerechtfertigt wird, und sich viel eher als eine Notverfügung darstellt. Die Note erinnert dann an einen Entschluß des Obersten Rates aus Anlaß der Beschlagnahme ungarischen Eigentums durch rumänische Truppen. Danach entschied der Oberste Rat, daß Rumänien nur mit Zustimmung der übrigen Alliierten Mächte die Hand an ungarisches Eigentum legen dürfe. Der Oberste Rat brachte damit mit aller Klarheit zum Ausdruck, daß jede Reparationsfrage die Gesamtheit der alliierten Mächte angeht und aus keiner dieser Mächte zu einseitigen Maßnahmen gegen die Schuldnerstaaten bejagt ist. Die daraus gezogene Folgerung ist, daß die Verrechnung der vorerwähnten Leistungen auf Kosten der Ruhraktion nicht zulässig ist, zum mindesten aber nur durch die Reparationskommission auf Grund einer interalliierten Vereinbarung erfolgen könnte.

Die Reparationskommission

hat in ihrer gestrigen Vormittagsitzung beschlossen, zwei technische Unterkommissionen einzusetzen, von denen die eine die Frage der deutschen Währung und die Ausgleichs des Budgets prüfen, die andere sich mit der Frage der deutschen Kapitalflucht beschäftigen soll.

Der englische Delegierte Sir John Bradbury hat Freitagabend die Vertreter der englischen Presse empfangen und eine Erklärung über den Beschluß der Reparationskommission abgegeben. Er sagte, mit dem heutigen Beschluß habe man die deutsche Frage von der praktischen Seite aufgefaßt. Die Entscheidung bedeute weder einen Triumph der französischen, noch der englischen These. Es sei notwendig gewesen, die Schwierigkeiten zu umgehen, um den Weg zu einer allgemeinen Verständigung möglichst zu ebnen. Als Voraussetzung für jede Einigung seien die heute gestellten Fragen vorerst zu regeln. Das sei die erste Etappe zu einer Verständigung und einer friedlichen Lösung der Reparationsfrage. Bradbury soll weiter erklärt haben, seiner Ansicht nach müsse die erste Unterkommission Währung und Budgetfragen, je zwei Delegierte der Alliierten und Affizierten umfassen. In der zweiten Unterkommission (Kapitalflucht) würde je ein Delegierter genügen, da der § 234 angezogen sei, könnten die Delegierten ohne Instruktionen ihrer Regierungen handeln.

Die Frage der Arbeitsausdehnung.

(W) Die führenden Vertreter der Gewerkschaften haben zu der stark umstrittenen Frage der Verringerung des Achtstundentages eingehend Stellung genommen. Sie sind durchaus einverstanden, daß die Steigerung der Produktion die wesentliche Voraussetzung für die Wiederaufhebung der Wirtschaft ist, nicht aber, daß diese Produktionssteigerung nur durch Verlängerung der Arbeitszeit erreicht werden könnte. Sie werden daher grundsätzlich an dem Achtstundentag festhalten, nicht aber an der schematischen Anwendung. Die Führerschaft des Ringes sei sich mit der gesamten Mitgliedschaft einig, daß im Rahmen des vorher Gesagten alle Opfer gebracht werden, um die Notlage von Land und Volk zu lindern. Dieses Opfer zu bringen, würden die Arbeitnehmer aber solange ablehnen müssen, wie sie berechtigter Weise die Auffassung haben könnten, daß der Ruherfolg einer Produktionssteigerung nicht der Volksgesundheit zugute käme. Voraussetzung sei infolgedessen, daß den Arbeitnehmern die Möglichkeit gegeben werde, an der Gestaltung der Wirtschaft und des Staates positiv als Vertreter der Arbeitskraft mitzuwirken.

25prozentige Preissenkung in Berlin.

(W) Auf dem Berliner Lebensmittelmarkt griff gestern fast für alle Waren ein Preissturz Platz. Durchschnittlich verminderten sich die Preise um etwa 25 Prozent. Sogar Butter war gestern wieder sichtbar und kostete 2,7 Millionen das Pfund. Auch im Mehl- und Backwarenhandel ist eine Senkung der Goldgründpreise zu beobachten, was darauf zurückzuführen ist, daß sich die Ritzopramien in demselben Maße vermindern, in dem die wertbeständige Rentenmark die Papiermark ersetzt.

Ebenso wie auf dem Lebensmittelmarkt ist auch an der Futtermittelbörse ein erheblicher Preisrückgang zu verzeichnen. Hafer wurde mit 12 bis 13 Millionen statt mit 16 und 17 Millionen notiert.

Wegungspreis für die Woche vom 26. Nov. bis 1. Dezbr. 1923. 800 Millionen M. Markt in der Gegend von Berlin. Der Preis der Getreidearten ist in der Regel der Preis der Getreidearten in der Gegend von Berlin. Der Preis der Getreidearten ist in der Regel der Preis der Getreidearten in der Gegend von Berlin.

Der Handel mit Mehl und Backwaren.

Den Düsseldorf Nachrichten wird aus Berlin gemeldet: In einer Verfügung des Präsidenten des Landespolizeiamts wird an die zuständigen Behörden das Ersuchen gerichtet, dem Handel mit Mehl und Backwaren die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden und allen Uebervorteilungen der Bevölkerung mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Den Polizeibehörden wird empfohlen, auf Grund der Paragraphen 73 und 74 der Gewerbeordnung Polizeivorkehrungen zu ergreifen, soweit dies nicht schon geschehen ist. Dadurch wird der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben, vom Preis und vom Gewicht der verschiedenen Backwaren für bestimmte Zeiträume durch einen von außen sichtbaren Anschlag am Verkaufsstell Kenntnis zu nehmen und bei Zweifeln an dem bestimmten Gewicht der Backwaren ein sofortiges Nachwiegen an Ort und Stelle herbeizuführen. Die Verbraucher können nach Einführung der Goldmark-Berechnung den Polizeibehörden besondere Unterstützung leisten, wenn sie die Händler zur Anzeige bringen, die beim Einleeren des Dollars mit ihren Preisen nicht sofort entsprechend heruntergehen oder ihre Goldpreise ändern ohne daß ein berechtigter Anlaß dazu vorliegt.

Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Im unbefestigten deutschen Gebiet hat die Zahl der unterstützten Erwerbslosen am 15. 11. 1.250.000 betragen, gegenüber 943.000 am 1. 11. Die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter 1.272.000 gegen 1.703.000. Die Zahl der Arbeitslosen in dem besetzten Gebiet wird unverändert auf mehr als 2.000.000 geschätzt.

Kleine Nachrichten.

Wie die Kölnische Volkszeitung von gut unterrichteter Stelle erfährt, ist die Regierung Matthes gestürzt worden. An ihrer Stelle ist ein Diktator namens Seltor Anz gesetzt. Matthes soll nach Düsseldorf geschickt sein.

Nach einer Blättermeldung werden Anfang Dezember etwa 350 Kinder aus dem Ruhrgebiet in Jutphen zur Verpflegung eintreffen.

Die bayrische Staatsregierung brachte im Landtag eine Vorlage ein, worin um die Ermächtigung ersucht wird, zur Sicherstellung der Ernährung sowie zur Förderung der Notlandwirtschaft produktiver Art Anleihen bis zum Betrage von 10 Millionen Goldmark aufzunehmen oder bis zu diesem Betrage Bürgschaft zu leisten.

Wie der Vol.-Anz. aus Stuttgart meldet, ist in einem Vorort Stuttgarts der Polizeiwachmeister Fischer, als er eine Versammlung der Kommunisten auflösen wollte, von diesen erschossen. Die Täter sind flüchtig.

Die bei den kommunistischen Kundgebungen in Berlin Verhafteten werden nach Abschluß des heute begonnenen polizeilichen Ermittlungsverfahrens dem Richter wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs vorgeführt.

Die Verhandlungen in Mainz zwischen der Reichseisenbahn und der französischen belgischen Regie, welche vertagt worden waren, werden heute wieder aufgenommen.

Nach dem Vorbilde der kommunistischen Partei Deutschlands soll, laut Völkischer Zeitung auch die kommunistische Jugend Deutschlands in eine illegale Geheimorganisation umgewandelt werden. Die alte Organisation wird als aufgelöst erklärt. Ein Organisationskomitee hat sich als Reichsleitung der kommunistischen Partei konstituiert.

Die Separatisten in Duisburg wurden von bürgerlicher Gendarmerie entworfen. Damit ist die Separatistenherrschaft in Duisburg beendet.

Im Publikum waren Gerüchte verbreitet, daß die Rentenmark an der Hamburger Börse zu 35 Prozent ihres Wertes und auch anderweit erheblich unter demselben angeboten worden sei. Demgegenüber wird von der Rentenbank erklärt, daß die Nachrichten falsch seien, es sei überhaupt kein Angebot, sondern nur Nachfrage vorhanden.

Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht eine Mitteilung, laut der sie auf Veranlassung der interalliierten Rheinlandkommission ihr Erscheinen vorläufig einstellen muß.

Die 25hne im Bergbau für die Woche vom 26. Nov. bis 3. Dez. wurden durch Schiedsgericht für den Ruhrbergbau auf 4,20 Goldmark festgesetzt. Hingegen treten für die einzelnen Reviere Teuerungszuschläge von 750 bis 1050 Milliarden Mark.

